

Berlin, Freitag,

den 25. April 1879.

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölfmal.Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 M. 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.Insertions-Gebühr:
die dreispaltige Zeile 40 Pf.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Substitutionen,
Allgemeine Verloosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Für die Monate **Mai** und **Juni** eröffnen wir ein **besonderes Abonnement**. Den neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir die bisher erschienenen Bogen des als **Gratis-Beilage** unserer Zeitung beigegebenen „**Deutschen Banquier-Buches**“ nach, insofern uns ein diesbezüglicher Wunsch kundgegeben wird. Auswärts werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 6 Mark bei allen Stadt-Postanstalten, und zum Preise von 5 Mark bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstrasse No. 37, entgegen genommen.

Hierbei als II. Beilage:
Bogen 16 des**Deutschen Banquier-Buches.**

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 25. April, Nachmittags. (C. T. C.) Se. Majestät der Kaiser empfing gestern auch noch den Geheimen Legationsrath von Bülow zum Vortrag, unternahm hierauf eine Spazierfahrt und wohnte Abends der Vorstellung im Königlichen Hoftheater bei. Heute wurde der Wirkliche Geh. Rath v. Wilnowski von Sr. Majestät zum Vortrag empfangen.

Bremen, 25. April. (C. T. C.) Die gestern Abend in Tivoli stattgehabte Versammlung von Reichstagswählern Bremen, an welcher sich ungefähr 3000 Personen beteiligten, beschloss, nachdem der Abg. Mosle seine Stellung zur neuen Zolltarifvorlage dargelegt hatte, die Resolution, dass sie die nationale Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers als nothwendig und zweckmässig erachte und das volle Vertrauen zur Reichsregierung hege, dass neben den berechtigten Interessen von Gewerbe und Landwirthschaft auch diejenigen von Handel und Schifffahrt die vollste Berücksichtigung finden werden. — Eine gleichzeitig im Casino tagende allgemeine aus 1300 Personen bestehende Versammlung, in welcher der Abg. Meier die Zolltarifvorlage und der Präsident der Bürgerschaft, Clausen, die Surtaxe bekämpfte, ertheilte diesen Vorträgen ihre ungetheilte Zustimmung.

London, 24. April, Nachts. (C. T. C.) Unterhaus. Schluss. Im Laufe der Debatte über die von Rylands beantragte Resolution vertheidigte der erste Lord der Admiralität, Smith, die Regierung, welche für die Zustände der letzten Jahre nicht verantwortlich sei. Die einzige Vermehrung der Ausgaben, für welche die Regierung verantwortlich gemacht werden könnte, sei diejenige für die Armee und Flotte im Betrage von 1,730,000 Pfd. Sterl. Diese könne auch die Opposition nicht reduciren. Smith vertheidigte sodann die Bestrebungen der Regierung, Englands Stellung als Grossmacht aufrecht zu erhalten. Die Debatte wurde schliesslich auf Montag vertagt.

London, 25. April, Morgens. (C. T. C.) Wie die „Times“ erklären, hat sich der Englische General-Consul in Kairo, Vivian, auf seinen Posten zurückbegeben. — Den „Daily News“ wird aus Gundamuck vom 24. d. gemeldet, Jakub Khan habe sich bereit erklärt, die Englischen Abgesandten zu empfangen. Major Cavagnari werde sich demgemäss mit einer hinreichenden Escorte nach Kabul begeben, sobald die erforderlichen Details geordnet sind.

Petersburg, 25. April. (C. T. C.) Wie die „Neue Zeit“ meldet, findet heute vor dem hiesigen Militär-Kriegsgericht, unter Anwendung der Bestimmungen des abgekürzten Gerichtsverfahrens,

die Aburtheilung des Officiers Dubrowin statt, welcher während einer bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung auf einen Gen darmen geschossen hatte. — Morgen beginnt hier der Process gegen die drei in Königsberg verhafteten, des Hochverraths gegen Russland angeklagten Russischen Studenten Furelitz, Ahronsohn und Liebermann.

Belgrad, 25. April. (C. T. C.) Das Serbische Gebiet ist von den Arnauten wieder gänzlich gesäubert; die Arnauten haben über 200 Leichen zurückgelassen. Bei einer Pulverexplosion, welche die Serben vorsätzlich in Kurschumlje verursachten, sind 30 Arnauten in die Luft gesprengt.

Konstantinopel, 24. April. (C. T. C.) Die Europäische Commission für Ostrumelien hat die Schlussrevision des organischen Statuts in Angriff genommen und zu diesem Zweck eine Subcommission niedergesetzt, welche aus dem ersten Französischen, dem zweiten Russischen Delegirten und einem von der Porte ernannten Französischen Juristen besteht.

Berlin, den 25. April.

— Der Entwurf bezüglich der Tabaksteuer und bezüglich der Nachversteuerung des Tabaks erregt in den beteiligten gewerblichen und commerciellen Kreisen eine sich immer lebhafter entwickelnde Agitation. Von allen Seiten gehen dem Reichstag bereits Petitionen zu, welche die ganzen Gesetzentwürfe oder einzelne Paragraphen desselben betreffen und sich bemühen, darzulegen, dass der Tabakindustrie aus der projectirten neuen Ordnung der Dinge grosse Nachteile erwachsen müssen. Die neueste derartige Kundgebung geht von den Cigarrenfabrikanten Aachens aus, welche eine mächtige Erhöhung der Tabaksteuer zwar zugestehen wollen, die vom Bundesrath vorgeschlagenen Steuer- und Zollsätze aber entschieden perhorresciren, ebenso wie die Nachversteuerung. Die Handelskammer von Aachen und Burscheid unterstützt in einer besonderen Eingabe an den Reichstag die vorerwähnte Petition.

— Auch heute beherrschte das kolossale Geschäft in den Köln-Mindener Eisenbahn-Actien die Börse fast ausschliesslich und influirte, indem es alle anderen Eisenbahn-Actien mit sich fortzog, die Stimmung ganz im Allgemeinen. Es wird deshalb vielleicht an der Zeit sein, wenigstens ein einziges Wort schon jetzt zur Orientirung in dieser Angelegenheit zu sagen. Es ist ein lautes Geheimniss, dass die Gesellschafts-Vorstände dieser Bahn, und namentlich die leitenden Directoren, ganz entschieden gegen einen Verkauf der Bahn gestimmt sind, dass also, wenn der Staat die Bahn erwerben will (und diesen Entschluss hat er ja eben zu erkennen gegeben), er dieselbe mit Sicherheit auch angemessen, um nicht zu sagen theuer, wird bezahlen müssen. Andererseits aber darf man wohl annehmen, dass die Regierung ein vorwiegendes Gewicht gerade auf die Erwerbung des gesammten Köln-Mindener Bahnsystems legen wird, da wenn die Magdeburg-Halberstädter und die Köln-Mindener Bahn mit ihren weithin verzweigten Strecken in den Besitz des Staates kommt, damit die Durchführung der ganzen Staatsbahn-Idee mehr oder minder gesichert erscheint. Gerade aus den Eingangs erwähnten Andeutungen aber wird man den Schluss ziehen können, dass die Verhandlungen mit der Köln-Mindener Bahn sehr schwierige und weitläufige werden dürften und jedenfalls noch manche Phasen werden zu durchlaufen haben, ehe ein Resultat erreicht werden wird.

— Für den Vertragsentwurf wegen der Verstaatlichung der Berlin-Stettiner Eisenbahn, wie er in der ausserordentlichen General-Versammlung am 23. Mai nunmehr zur definitiven Beschlussfassung vorgelegt werden wird, ist schon jetzt ein Amendement in dem Sinne eingebracht worden, dass an Stelle einer festen Rente von 4 1/2 % eine Rente von 5 % stipulirt werden soll, und dass natürlich demgemäss sich auch der Amortisationscours der Actien zu ändern habe. Wir brauchen wohl nicht zu bemerken, dass es naturgemäss überhaupt keinen Actionair giebt, der nicht lieber 5 1/2 oder 5 % nehmen würde, als 4 1/2 %; es lässt sich daher principiell ja unmöglich etwas gegen ein derartiges Amendement einwenden, oder vom Standpunkt des Actionairs aus

dasselbe bekämpfen; wir glauben nur Eins betonen zu müssen: es haben die Stettiner Actionaire, misleitet durch ihre Gesellschaftsorgane, leider den Zeitpunkt verpasst, wo für sie noch 5 1/2 oder 5 % Rente von der Regierung zu erhalten war, und sie werden bei der Beschlussfassung ganz entschieden von der Grundauffassung ausgehen müssen, dass eine Amendirung des Vertrages im Sinne einer höheren Forderung, als der jetzt im Vertragsentwurf stipulirte, völlig identisch mit einer vollständigen Ablehnung dieses Vertrages ist. Es wurde bekanntlich noch in der vorletzten Commissions-Sitzung, welche die Vertreter der Bahn und der Regierung miteinander abhielten, ein Versuch gemacht, die Rente von 4 1/2 auf 5 % heranzusetzen; die nach eingeholter Information der beiden Ressortministerien von den Regierungs-Vertretern hierauf in der letzten Sitzung abgegebenen Erklärungen lauteten aber so entschieden und bindend, dass man sich Illusionen hingeben würde, wollte man dem gegenüber noch auf eine abermalige Aenderung der Entschliessungen der Regierung rechnen. Es dürfte jedenfalls wünschenswerth für die Vereinfachung der Beschlussfassung am 29. Mai werden, wenn von Seiten der Regierungs-Commissarien in derselben noch ganz bestimmte Erklärungen abgegeben würden. Wäre nur eine Spur von Aussicht, noch einen höheren Rentensatz zu erlangen, dann wäre unsere Zeitung gewiss die erste, welche mit aller Energie für denselben eintreten würde; da wir ja von Hause aus die wesentlich höhere Forderung gestellt haben.

— Die Banquiergruppe, welche von der Oberschlesischen Eisenbahn-Direction eingeladen worden ist, Offerten auf Uebernahme der neuen Emission 4 1/2 %iger Prioritäten und Convertirung der 5 %igen Obligationen von 1869 einzureichen, besteht aus der Direction der Seehandlung, der Disconto-Gesellschaft, der Deutschen Bank, der Darmstädter Bank und S. Bleichröder in Berlin, ferner aus dem Schlesischen Bankverein, der Breslauer Discontobank Friedenthal und E. Heilmann in Breslau. Die Chefs der genannten Breslauer Firmen sind in Berlin angekommen, um, einer Einladung der Königlichen Seehandlung folgend, wegen gemeinschaftlicher Action in dieser Angelegenheit mit den hiesigen Häusern zu conferiren. Die Einigung ist indes bei den heutigen Berathungen insofern nicht zu Stande gekommen, als die Deutsche Bank ihren Entschluss zu erkennen gegeben hat, selbstständig in dieser Angelegenheit vorzugehen. Ausserdem wird ein grosses, hier und in Breslau domicilirendes Haus gleichfalls ein eigenes selbstständiges Gebot abgeben.

— Der Bau der Bahnstrecke Düsseldorf-Hagen der Rheinischen Eisenbahn ist einem uns vorliegenden Bericht zufolge soweit vorgeschritten, dass für Mitte Juli die Eröffnung derselben in Aussicht genommen ist.

— Der Verwaltungsrath der Altona-Kieler Eisenbahn hat die Dividende für das Jahr 1878 auf 6 1/2 % (gleich 30 M. pro Actie) festgesetzt. Diese Ziffer bleibt gegen die pro 1877 vertheilte Dividende um 1 1/2 % zurück, ist gleichzeitig aber auch bedeutend niedriger, als die bisherigen Schätzungen, denn im Allgemeinen hat man eine Dividende von mindestens 7 1/2 % erwartet (bei der Coupon-Zuschirung am 2. Januar wurde der Coupon mit 7 1/2 % taxirt). Nach den bisher vorliegenden provisorischen Aufstellungen hatte die Altona-Kieler Bahn im Jahre 1878 auf den Holstein'schen Linien einen Ausfall von 303,000 M., auf den Schleswigschen einen solchen von rund 200,000 M., das an der Dividende participirende Actien-capital beträgt unverändert wie im Vorjahr 18,450,000 M., es werden sonach 246,000 M. weniger an die Actionaire vertheilt, eine Summe, welche zu der Mindereinnahme in keinem Verhältniss steht. Danach muss angenommen werden, dass die Bahn für Amortisation und Verzinsung der Prioritäten, sowie für Garantiezuschüsse mehr aufzuwenden hatte, als im Jahr 1877. Aus den Tabellen des „Staatsanzeigers“ ist hierüber leider Nichts zu sehen, da sie nur die Holstein'schen und Schleswigschen Linien kennen, von den kleineren Bahnstrecken aber, an denen die Altona-Kieler Gesellschaft beteiligt ist, nicht sprechen. Wahrscheinlich ist, dass gerade diese letzteren Ansprüche an